

Wirtschaftsverbände und Kommunen für Nachhaltigkeitsoffensive

Die Europäische Union, Bund und Länder wollen den wirtschaftlichen Neustart nach der Corona-Krise mit milliardenschweren Investitionsprogrammen in eine nachhaltige und digitale Infrastruktur vorantreiben. Am 3. Juni 2020 hat sich die Große Koalition bereits auf ein Konjunkturpaket geeinigt, das die deutsche Wirtschaft wieder möglichst schnell auf einen nachhaltigen Wachstumspfad führen soll. Wesentlich für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Programme vor Ort sind Kommunen. Ihre Handlungsfähigkeit ist langfristig zu sichern. Damit dies gelingt, sollte die Privatwirtschaft einen wichtigen Beitrag bei Planung, Finanzierung und Umsetzung der Projekte leisten. Wirtschaftsverbände und Kommunen sprechen sich daher gemeinsam für eine „Initiative nachhaltige Infrastruktur Deutschland“ (INID) aus.

Getragen wird die Initiative vom Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) sowie unterstützend den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund).

Föderale Strukturen stärker berücksichtigen

Die Bauinvestitionen der Kommunen machen rund 60 Prozent der gesamten Bauinvestitionen aller Gebietskörperschaften aus. Die übrigen 40 Prozent entfallen zu etwa gleichen Teilen auf den Bund und die Länder. Diese Verantwortung der Länder und Kommunen ist im aktuellen Sustainable-Finance-Beirat der Bundesregierung nicht ausreichend reflektiert. Wir sind der Ansicht, dass insbesondere die kommunale Ebene mit ihren spezifischen Anforderungen, aber auch die Länder deutlicher als bisher einbezogen werden sollten.

Kompetenznetzwerk für Nachhaltigkeit erweitern

Für ökologisch und ökonomisch nachhaltige Infrastrukturprojekte müssen Klima- und Ressourceneffizienz bereits bei der Planung über den gesamten Lebenszyklus der Investition analysiert und bewertet werden. Das wiederum setzt eine enge Abstimmung aller Projektbeteiligten – Bauherren, Bauindustrie, Nutzer und Kapitalgeber – voraus. Öffentlich initiierte, einheitlich organisierte, interdisziplinäre und überregional

vernetzte Kompetenz- und Beratungszentren könnten bei der Investitions- und Realisierungsentscheidung unterstützen, den Wissenstransfer zur Integration innovativer grüner Technologien fördern und nachhaltige Infrastrukturfinanzierungen durch standardisierte Bedingungen erleichtern.

Finanzierungsmodelle erleichtern

Allein um die – noch vor der Corona-Krise - festgelegten EU-Klima- und Energieziele bis 2030 zu verwirklichen, müssen nach Angaben der EU-Kommission in Europa eine Billion Euro investiert werden. Das wirft auch in Deutschland die Frage auf, wie mehr privates Kapital für nachhaltige Infrastruktur zeitnah bereitgestellt werden kann. Dazu sollten unter anderem nationale Förder- und Garantieinstrumente erweitert werden, um zusätzliche Investitionen in nachhaltige Infrastrukturprojekte zu generieren. Zudem könnten kleinere Projekte auf kommunaler Ebene in Fonds gebündelt werden, um für institutionelle Investoren attraktive Losgrößen zu schaffen – zudem ließen sich Skalen- bzw. Effizienzefekte realisieren. Vor allem aber braucht es faire und vergleichbare Rahmenbedingungen für kredit- und kapitalmarktorientierte Finanzierungen.

Zitate...

„Bund, Länder und Kommunen investieren weiterhin zu wenig in den Erhalt und die Modernisierung der Infrastruktur.“

Dr. Stephan Rabe, Geschäftsbereichsleiter HDB

„Die Kommunen werden mit ihren Investitionen spürbar helfen, die Coronakrise zu überwinden. Mehr als die Hälfte aller öffentlichen Investitionen sind kommunale Sachinvestitionen. Damit werden beispielsweise Schulen und Kindertagesstätten gebaut oder nachhaltig saniert. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern ist entscheidend für die öffentliche Daseinsvorsorge.“

Verena Göppert, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages

„In Deutschland stellen die Länder und Kommunen einen großen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dabei können sie immer auf die öffentlichen Banken zählen.“

Georg Baur, Mitglied der Geschäftsleitung im VÖB

„Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Entscheidend für einen nachhaltigen Neustart der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie ist eine zukunftsfähige Infrastruktur: E-Autos benötigen flächendeckende Ladekapazitäten und das E-Learning ein starkes Breitbandnetz. Die öffentlichen Banken werden diesen Weg mit Finanzierungen und Beratungsdienstleistungen unterstützen.“

Georg Baur, Mitglied der Geschäftsleitung im VÖB

„Die optimale kosten- und terminsichere Realisierung eines Infrastrukturvorhabens gelingt nur in enger partnerschaftlicher Abstimmung zwischen Bauherr, Bauindustrie, Nutzer und Kapitalgeber.“

Dr. Stephan Rabe, Geschäftsbereichsleiter HDB

„Wir unterstützen den Ansatz, Nachhaltigkeit verstärkt zu einem wichtigen Thema an den Finanzmärkten zu entwickeln. Es geht darum, finanzielle Risiken aus der Corona-Pandemie, aus Klimawandel, Umweltzerstörung und sozialen Spannungen zu bewältigen. Wir brauchen mehr Transparenz und langfristiges Denken.“

Verena Göppert, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages

„Die Bekämpfung des Klimawandels kann nur gelingen, wenn mehr nachhaltige Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht werden. Die Versicherungswirtschaft ist bereit sich bei geeigneten grünen Infrastrukturprojekten stärker zu engagieren.“

Dr. Klaus Wiener, Mitglied der Geschäftsführung im GDV

„Öffentlich-private Partnerschaften ermöglichen eine kosteneffiziente und vor allem rasche Bereitstellung von nachhaltiger Infrastruktur. Dies ist angesichts der Geschwindigkeit des fortschreitenden Klimawandels ein großer Vorteil.“

Dr. Klaus Wiener, Mitglied der Geschäftsführung im GDV

Medienkontakt:

Sandra Malter, Pressesprecherin,
Abteilungsleiterin Presse und Kommunikation
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB
Tel.: +49 30 8192-164, Mobil: +49 172 999 62 23,
E-Mail: sandra.malter@voeb.de

Oliver Gruß, Pressesprecher
Abteilungsleiter Presse und Kommunikation
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB
Tel.: +49 30 8192-257, Mobil: +49 162 49 49 667,
E-Mail: oliver.gruss@voeb.de